

Nach VW-Skandal: Linzer Gericht gab Käufer Recht

Oberösterreicher darf aufgrund der Manipulation Auto zurückgeben und erhält Großteil des Kaufpreises zurück – Urteil nicht rechtskräftig



Beim Autofahrerclub ÖAMTC rechnet man damit, dass der Fall durch alle Instanzen gehen wird.

Foto: dpa/Lübke

„Weil niemand ein manipuliertes Fahrzeug gekauft hätte“, darf ein Oberösterreicher sein Auto in Folge des VW-Skandals um geschönte Abgaswerte zurückgeben und bekommt den Großteil des Kaufpreises zurück. Dieses möglicherweise richtungsweisende Urteil fiel unlängst am Landesgericht Linz. „Diese Entscheidung öffnet die Türe für flächendeckende Geltendmachung der Irrtumsanfechtung, da wohl kein Autokäufer aus der Masse der angebotenen Modelle und Marken sich genau für ein Auto entschieden hätte, dem bei Kenntnis der Manipulation

eine Typengenehmigung versagt worden wäre“, kommentierte der Anwalt des Klägers den – noch nicht rechtskräftigen – Richterspruch.

Reale Beeinträchtigung nicht entscheidend

Laut dem Urteil ist es nicht entscheidend, wie viel das Auto tatsächlich ausgestoßen hat und ob die Manipulation auch wirklich Einfluss auf die Fahrleistung gehabt hat. Vielmehr geht es um die zwei unterschiedlichen Betriebsarten, die durch die verbaute Software möglich werden. Nach Argumentation des

Gerichts hätte der Kläger den Pkw nicht gekauft, wenn er gewusst hätte, dass es durch in dem VW Touran verbaute Software zu Problemen bei der Zulassung kommen könnte. Von den 31.750 Euro, die der Kläger 2014 für den VW Touran gezahlt hatte, sprach das Gericht dem Oberösterreicher insgesamt 25.000 Euro zu. Naturgemäß nicht zufrieden ist man bei Volkswagen mit dem Urteil. „Wir behalten uns vor, in Berufung zu gehen“, heißt es bei der Porsche Holding, der österreichischen Generalimporteurin aller VW-Konzernmarken.

Debatte um Russland-Sanktionen

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker trifft noch diese Woche mit Russlands Präsident Wladimir Putin zusammen um über den Ukraine-Konflikt zu beraten. In Moskau geht man davon aus, dass auch die verhängten Sanktionen auf die Verhandlungsaenda

kommen werden. Wenn die EU-Länder einer Aufhebung der Sanktionen zustimmen würden, dann würde Russland mit den verhängten Gegen-Sanktionen zweifelsohne nachziehen, hieß es vom russischen Regierungsberater Juri Uschakow gestern.

Kaum Resonanz

Das Angebot zum Aktienrückkauf von Cross Industries an die KTM-Aktionäre stößt laut Experten nur auf geringes Interesse. Lediglich ein Drittel der Papiere, also 22.490 Stück Aktien, wurden bis zum Fristende am 10. Juni angeboten.

USA und EU sollen sich stärker vernetzen



Foto: Schneider

Nicht nur in wirtschaftlichen Angelegenheiten sollte die EU die Vernetzung mit den USA vorantreiben, auch in Sachen Beherrschung der Flüchtlingskrise, Digitalisierung und vielem mehr könnte eine verstärkte Kooperation von Vorteil sein, ist sich Christoph Leitl (Bild), Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, sicher. Im Rahmen der Präsentation einer Publikation gemeinsam mit der Österreichischen Nationalbank zum Thema „Schwerpunkt Außenwirtschaft 2015/16“ warnte er davor, dass Europa wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten könnte, gerade angesichts der regen Aktivitäten der USA in Sachen Abschluss von Freihandelsabkommen mit anderen Regionen und Ländern. In der sehr emotional geführten Debatte rund um das Abkommen TTIP forderte der Wirtschaftsvertreter Versachlichung ein.

Kurz & bündig

Stellenstreichungen

Der schwedische Netzwerkausrüster Ericsson plant laut „Svenska Dagbladet“ bis zu 15.000 der derzeit insgesamt 115.300 Jobs weltweit abzubauen. Die ersten Stellen könnten bereits ab diesen Sommer gestrichen werden. Die jährlichen Fixkosten sollen so von 60 Milliarden Kronen (6,43 Milliarden Euro) um ein Drittel gesenkt werden. Ericsson wollte diese „Spekulationen“ nicht kommentieren.

Ehrgeiziges Ziel

Der chinesische Online-Handelsriese Alibaba will den Wert seiner abgewickelten Geschäfte bis ins Jahr 2020 von umgerechnet rund 415 Mrd. Euro auf 806 Mrd. Euro beinahe verdoppeln. In der Langzeitplanung sieht sich das Unternehmen 2036 bei etwa zwei Milliarden Kunden. Derzeit liegt der Kundenstamm bei rund 423 Millionen.